

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales
Oranienstr. 106 - 10969 Berlin

klären & lösen - Agentur für Mediation und Kommunikation
Gubener Straße 35 II

10243 Berlin

Geschäftszeichen (bei Antwort bitte angeben)

II A 72 - 110278

Bearbeiter/in:

Herr Marquas

Zimmer:

4050

Telefon:

(030) 9028-1414

Telefax:

+49 30 9028-2173

Datum:

05.02.2020

Bescheid über die Anerkennung von Bildungsveranstaltungen

gemäß § 11 Berliner Bildungsurlaubsgesetz (BiUrlG) vom 24.10.1990 (GVBl. S. 2209).

das zuletzt durch Artikel X des Gesetzes vom 17.05.1999 (GVBl. S. 178) geändert worden ist.

Anlage: Berichtsbogen

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf Ihren Antrag vom 04.02.2020 wird die Veranstaltung:

Thema: Mediationsausbildung - Professioneller Umgang mit Konflikten
Seminarzeiten/ Uhrzeiten inkl. Pausen: Siehe festgelegte Präsenztage nach
Maßgabe des verbindlichen Veranstaltungsplans innerhalb des
Anerkennungszeitraums
(8 Wochenenden und eine Ausbildungswoche)

Veranstalter: klären & lösen - Agentur für Mediation und Kommunikation
Gubener Straße 35 II, 10243 Berlin
Telefon: 030-84313229, Fax: 030-64836410

Veranstaltungsart: Berufliche Weiterbildung

Teilnehmerkreis: Berliner Arbeitnehmer/innen, die o.g. Kenntnisse für die berufliche Tätigkeit
benötigen

Veranstaltungsort: Berlin (ggf. auch andere Orte)

Termin/Zeitraum: 28.08.2020 - 20.06.2021 (29 Tage)

Dienstgebäude: Oranienstraße 106, 10969 Berlin (barrierefreier Zugang der Kategorie D)

Fahrverbindungen: U8 Moritzplatz, Bus M29; U6 Kochstr., Bus M29; U2 Spittelmarkt (ca. 10 Min. Fußweg); S1/S2/S25 Anhalter Bahnhof, Bus M29; Bus M29, 248;

Sprechzeiten: Montag und Mittwoch von 09.00 - 12.00 Uhr

E-Mail: bildungsurlaub@senias.berlin.de

Internet: www.berlin.de/bildungsurlaub/

(Dokumente mit qualifizierter elektronischer Signatur bitte ausschließlich an post@senias.berlin.de, kein Empfang verschlüsselter Dokumente!)

gemäß § 11 Abs. 1 BiUrlG als Bildungsveranstaltung anerkannt.

Änderungen der im Antrag enthaltenen Angaben sind der Senatsverwaltung von Ihnen unverzüglich mitzuteilen.

Der von Ihnen gemäß § 12 BiUrlG anzufertigende Bericht ist innerhalb von vier Wochen nach Beendigung der jeweiligen Veranstaltung hier einzureichen. Für den Fall, dass Sie Ihrer Berichtspflicht gemäß § 12 BiUrlG oder Ihrer Pflicht zur Ausstellung von Bescheinigungen gemäß § 4 Abs. 4 BiUrlG nicht nachkommen, werde ich prüfen, ob zukünftige Veranstaltungen Ihrerseits weiterhin als Bildungsveranstaltung anerkannt werden können.

Verwaltungskosten werden nicht erhoben.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid ist die Klage vor dem Verwaltungsgericht Berlin zulässig. Sie ist innerhalb eines Monats nach Zustellung dieses Bescheides bei dem Verwaltungsgericht Berlin, Kirchstr. 7, 10557 Berlin schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten oder in elektronischer Form mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen (vgl. hierzu www.berlin.de/erv) einzulegen. Die Klage ist gegen das Land Berlin, vertreten durch die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales (Abteilung Arbeit und berufliche Bildung, Referat II A - Arbeitspolitik und ordnungspolitische Fragen der beruflichen Bildung, Oranienstraße 106, 10969 Berlin), zu richten.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag



Hinweise für den Veranstalter und für die Freistellung nach dem BiUrlG

- Zur Erstellung der nach § 12 BiUrlG geforderten Berichte nutzen Sie die Möglichkeit der Online-Berichterstattung unter www.berlin.de/bildungsurlaub/. Alternativ können Sie auch den/die beiliegenden Vordruck(e) nutzen. Der Umfang des anzufertigenden Berichtes umfasst Gegenstand, Verlauf und Teilnehmer der anerkannten Veranstaltungen in nichtpersonenbezogener Form. Dazu gehören auch Angaben über Anzahl, Geschlecht, Alter, Vorbildung, Beruf und Staatsangehörigkeit der Teilnehmenden sowie die Betriebsgröße des Arbeitgebers.
- Den Teilnehmenden sind gemäß § 4 Abs.4 BiUrlG unentgeltlich Kopien dieses Bescheides sowie Anmelde- und Teilnahmebestätigungen auszuhändigen.
- Nach § 1 Abs. 1 in Verbindung mit § 3 BiUrlG haben alle Berliner Arbeitnehmer/innen und Auszubildenden unabhängig vom Lebensalter nach sechsmonatigem Bestehen des Arbeits- bzw. Ausbildungsverhältnisses gegenüber ihrem Arbeitgeber Anspruch auf bezahlte Freistellung von der Arbeit/Ausbildung für anerkannte bzw. als anerkannt geltende Veranstaltungen der politischen Bildung und/oder der beruflichen Weiterbildung.
- Auszubildende können Bildungsurlaub lediglich zum Zwecke politischer Bildung nutzen
- Der Bildungsurlaub beträgt nach § 2 Abs. 1 BiUrlG für Berechtigte bis zum vollendeten 25. Lebensjahr 10 Arbeitstage pro Kalenderjahr, über 25 Jahre 10 Arbeitstage innerhalb von zwei aufeinanderfolgenden Kalenderjahren.